

***„Wann wird es
endlich wieder so
wie es nie war?“***

***Reader zu Lehren
aus der Pandemie***



**JUSO
HOCHSCHUL
GRUPPEN**

Vorwort

Liebe Juso-Hochschulgrüpler*innen,

Es müssen Lehren aus der Corona Pandemie gezogen werden – Doch was meinen wir eigentlich damit?

Vielfach wurde analysiert, wie die Corona Pandemie bestehende Ungleichheiten und Probleme unserer Gesellschaft verstärkte und zugleich neue hervorbrachte. Die Pandemie zeigte die **Misstände** unserer Gesellschaft deutlich: Wer konnte es sich leisten, dem *#stayhome* zu folgen? Wer übernahm die Bildung und Hausaufgabenhilfe der Kinder, wenn die Schulen geschlossen blieben? Wer verlor seinen Job in der Gastronomie, die über Monate geschlossen blieb?

Unter dem Motto „**Wann wird es endlich wieder so, wie es nie war?**“ wollen wir einen Blick auf diejenigen werfen, die im Trubel der Pandemie oft vergessen wurden: Die Studierenden und das Hochschulwesen.

Über mehrere Semester hinweg blieben die Gebäude der **Hochschulen geschlossen, doch das Studium ging weiter**. Es waren Semester, in denen Studierende sich kaum mit anderen austauschen konnten, geschweige denn neue Kommiliton*innen kennenlernen konnten. Es waren Semester, in denen Studierende ihren Nebenjob verloren und das BAföG trotzdem nicht geöffnet wurde. Es waren aber auch Semester, in denen Lehre neu gedacht werden konnte und sich auch



noch die letzten Overhead-Projektor Verfechter*innen mit der digitalen Welt auseinanderzusetzen mussten.

In diesem Reader werfen wir einen Blick auf die Misstände und formulieren die **Lehren, die aus der Pandemie gezogen** werden müssen. Denn wir wollen dahin zurück, wo wir nie waren, wir wollen, dass die politische und gesellschaftliche Relevanz von Hochschulen und Wissenschaft endlich anerkannt und in diesem Ermessen gehandelt wird!

Euer Bundesvorstand

Hochschulpolitische Entwicklungen

Ökonomisierung	<i>Alles für die Cuts?</i>	4
Digitalisierung	<i>Wirtschaft, Wissenschaft - weiter so?</i>	5
Studienfinanzierung	<i>Erst das Virus, dann Anja Karlızek</i>	6
Mentale Gesundheit	<i>Das Hamsterrad zum Wanken bringen!</i>	8
Gute Arbeit	<i>Guter Arbeit während der Krise in der Krise</i>	9
Politisierung	<i>Studentische Stimmen und ihr Einfluss in der Krise</i>	10
Gute Lehre	<i>Mit Guter Lehre aus Corona?</i>	11

Best-Practice Beispiele

Einleitung	<i>Jetzt erst recht - jungsozialistische Erfolge</i>	12
Hessen	<i>Antrag für einen Hochschulgipfel</i>	13
Darmstadt	<i>Freiversuchsregelung</i>	14
Köln	<i>FFP2-Masken für alle!</i>	15
Lüneburg	<i>Wir wollen mitreden!</i>	16
Münster	<i>Semesterticket, Mental Health, Spendenaufruf</i>	17
Berlin	<i>Wahlkampfvideo und Antragsarbeit</i>	21

ALLES FÜR DIE CUTS?

Leonie Bode

Die gesellschaftliche Rolle der Hochschule hat eine bemerkenswerte Entwicklung während der Corona-Pandemie durchgemacht: Einerseits hochgelobt als Zentrum der Wissenschaft, die den Kampf gegen das Virus führte, andererseits **vernachlässigt** und kaputtgespart. Ähnlich war und ist es bei der Klimakrise: einerseits werden die Forschenden ignoriert, andererseits sollen sie nun eines der größten Probleme der Menschheitsgeschichte lösen.

Erst wenn es brennt, sollen Hochschulen in die Breschen springen: als Problemlösungsmaschinen, wird lieber punktuell dort investiert, wo es gerade am dringendsten gebraucht ist. Aktuell heißt das im Sinne des Koalitionsvertrages und des „**Missionsorientierten Forschens**“ vor allem Investitionen in Forschung an Technologie, Klima, Gesundheit und zu guter Letzt auch „gesellschaftlicher Resilienz“.

Man mag meinen und auch positiv bemerken, dass mit dem letzten Punkt die Geistes- und **Sozialwissenschaften** wenigstens eine Minimalberechtigung bekommen. Außerdem gehen diese Ziele immerhin darüber hinaus, allein solche Forschung und Bildung zu finanziell fördern, die maximale Profit- und Produktivkräfte verspricht. Doch verrät schon der Begriff der „Resilienz“, dass es auch hier lediglich um die technische Lösung komplexer Probleme geht. Hochschulbildung und -forschung funktioniert aber **nicht auf Zuruf**. Und sie funktioniert auch nicht wie eine Maschine. Doch solange wir diesen Umstand weiter ignorieren, laufen wir immer wieder in dieselbe Falle, die uns die Corona-Pandemie deutlich gemacht hat wie selten zuvor.

Einerseits war es die Stunde der Wissenschaft: die Politik war auf ihren Rat angewiesen, Menschen hörten Virologie-Podcasts und Forscher*innen entwickelten in Rekordzeit Impfstoffe. Andererseits war es auch ein herber Tiefschlag: Viel zu viele Menschen ignorierten **wissenschaftliche Fakten** und erfanden ihre Eigenen. Nun steht heute vor einem Pro-

blem, wer die massiven Ungleichgewichte bei den Investitionen in die Hochschulen kritisiert und Geld eben nicht nur für die essenziellen und lebensrettenden MINT-Fächer fördert, sondern auch für die Geistes- und Sozialwissenschaften, die eine menschliche Interpretation der empirischen Faktenlage ermöglichen.

Denn er oder sie möchte schließlich auf keinen Fall unsolidarisch sein mit diesen Forscher*innen und möchte noch weniger für die Seite derjenigen argumentieren, die wahr von falsch nicht mehr unterscheiden können. Denn wer ihnen zugehört hätte, den Sozialwissenschaftler*innen, der*die hätte womöglich besser die sozialen Missstände **antizipieren** und angehen können, die durch die Pandemie verstärkt wurden und der*die hätte auch das Verhalten von Menschen, die mehr als Zahlen in einer Modellrechnung sind, besser voraussagen können.

Was also heißt das jetzt für die Hochschulfinanzierung? Zunächst einmal ist es gut, dass die Grundlagenforschung als „Lehre aus Corona“ weiter gestärkt wird. Aber es braucht mehr. Die Wissenschaft und Bildung brauchen Luft zum Atmen, **müssen endlich ausfinanziert** werden, um kritisches Denken zu erlernen. Die Geistes- und Sozialwissenschaften dürfen nicht die Pandemie bezahlen und Opfer von globalen Minderausgaben oder anderen Einsparmaßnahmen werden.

Schließlich braucht es auch einen verbesserten Zugang zur Bildung. Kritisch denken allein reicht nicht, denn wer kritisch denkt, aber nicht ausgebildet wird, **Fakt von Lüge zu unterscheiden**, ist anfällig für Verschwörungsideologien und Hetze als bessere erklärte Alternative zur Wahrheit. Allein um die Rückstände einzuholen, die bildungspolitisch während der Corona-Pandemie entstanden sind, wird es enorme Investitionen brauchen. Aber auch darüber hinaus, muss der Selbstzweck der Hochschulfinanzierung endlich erkannt und zur politischen Selbstverständlichkeit werden.

WIRTSCHAFT ISSENSCHAFT – WEITER SO?

Leonie Bode

Die Lücken, die die Pandemie bei der Digitalisierung im Hochschulwesen aufgedeckt haben, bedürfen eigentlich keiner weiteren Ausführung, so offensichtlich sind sie. Trotzdem mag manch eine*r aktuell denken, die Hochschulen seien „dank“ der Pandemie nun vollends im **digitalen Zeitalter** angekommen, schließlich war man ja so außerordentlich flexibel und erfolgreich auf den digitalen Unterricht umgestiegen. Während bei der Schulbildung ab und an noch jemandem einfällt, dass digitaler Unterricht nicht bedeutet, das gleiche wie im Klassenzimmer, aber auf MS Teams zu machen, wird an der Hochschule meistens weiter **vorgelesen**. Einige wittern schon die große finanzielle Revolution: Wenn man nun doch die Ersti-Vorlesung einfach einmal aufnehmen und jedes Jahr abspielen könnte...

Nun für alle jene, die das ernsthaft vorschlagen, ein kleiner Hinweis: Tonaufnahmen gibt es seit 1877, die Kassette seit 1963. Genau genommen gibt es sogar schon die Bücher, die in den ersten Universitäten auf Grund ihrer Rarität den Studierenden vorgelesen wurden, schon seit geraumer Zeit in ausreichender Zahl. Und trotzdem, ist 1963 kein*e Professorin auf die Idee gekommen, die Vorlesung **auf Band aufzunehmen** und den Studierenden zu Beginn des Semesters als Kassette auszuteilen. Komisch.

Und dabei so dicht dran an der Lösung! Wenn uns die Pandemie und die zwangsweisen genutzten digitalen Möglichkeiten eins gelehrt haben, dann, dass die Methoden mit denen gelehrt wird, nicht mehr alle zeitgemäß sind. Wenn die Vorlesung, wirklich jedes Semester Wort für Wort gleich ist, dann ist vielleicht die Vorlesung das Problem. Und natürlich sollte

darüber nachgedacht, evaluiert und modernisiert werden, auch mit dem Einbezug der neuen Medien.

Das Vorlesen der Bücher mag nicht mehr nötig sein, aber so meistens auch ihr auswendig lernen. Doch wie viele **Chancen** ergeben sich daraus! Wie viel Zeit, die ein*e Professor*innen für Diskussionen, Übungen und kritische Besprechungen des Materials verwenden kann! Oder könnte. Denn an den meisten Hochschulen ging es in diesem Semester bereits zurück zum Status Prä-Pandemie.

Und wenn nicht? Dann werden digitale Lernmittel zu häufig als Ersatzwert gesehen, mit dem sich Geld einsparen lässt. Bei Dozent*innen, Räumlichkeiten und anderen Kosten, die das Studium so mit sich bringt – wie zum Beispiel der **Sozialraum Hochschule**. Dabei ist dieser so essenziell für ein lehrreiches Studium. Statt eines Ersatzwerts, bietet gute digitale Lehre viele Mehrwerte. Wie in der Pandemie, könnten mehr Menschen am Studium teilhaben, unabhängiger von ihren jeweiligen Lebenssituationen. Es können Expertisen aus aller Welt angefragt werden, nur noch einen Mausklick entfernt.

Gute digitale Lehre ist allerdings teuer und kein Mittel zum Geldsparen. Aber es gibt gute Gründe dafür, in sie als Ergänzung zur Rückkehr in eine (moderne) Präsenzlehre zu investieren. Erstens: Wenn es der Staat nicht tut, tun es andere. Schon jetzt gibt es eine Unmenge an **Bildungsplattformen**, die eine Reihe nicht qualitätsgeprüfter, aber von großen Unternehmen anerkannter „Zertifikate“ nach erfolgreichem Abschluss ihrer Online Kurse anbieten. Wenn sich dieses Phänomen weiter ausbreitet, droht eine schleichende **Privatisierung** der Bildung auf digitalem Wege. Darüber hinaus müssen gerade öffentliche Gelder dafür genutzt werden, offene und sichere Software zu fördern – und nicht aus Mangel an Expertise oder Alternativen die Plattformgiganten zu füttern.

ERST DAS VIRUS - UND DANN AUCH NOCH ANJA KARLICZEK

Leo Buddeberg

Kaum ein Thema war für Studierende und ihre Vertreter*innen in den vergangenen Jahrzehnten wohl so drängend - und im wahrsten Sinne des Wortes so existenziell – wie das der Studienfinanzierung. Der soziale Hintergrund entscheidet noch immer maßgeblich über Bildungschancen. Wer an einer Hochschule studieren kann ist in aller Regel eine Frage von Sozialisierung und Unterstützung des Elternhauses. Und mindestens so alt wie dieses Problem ist wohl auch die Problemanalyse: **Stipendien für Wenige und Kredite für Viele sind nicht gerecht.**

Politisch hat es dennoch bis zum 1. September 1971 gedauert, bis unter Willy Brandt das erste Mal ein zentrales Mittel der Studienfinanzierung eingeführt wurde, welches tatsächlich fast 50 Prozent aller Studierenden als Vollzuschuss (!) erhielten: Das **BAföG**. Um das BAföG ranken sich seit seiner Einführung viele Geschichten. Es sind Geschichten des Auf und Ab, von entschlossenen Studierenden, alten weißen Männern mit CDU-Ausweisen und dem Bildungsministerium, das wohl schon genauso oft Fluch wie Segen für die Studierenden in Deutschland war.

Seit der Corona-Pandemie sind die Memoiren des BAföG um eine leidvolle Geschichte reicher. **Schon vor 2020 war die Tendenz dramatisch:** Die Förderquoten sanken kontinuierlich auf einen historischen Tiefstand nach dem nächsten, die Ausgaben des Bundes für das BAföG nahmen mehr und mehr ab und vier Legislaturperioden CDU im Bundesbildungsministerium hat die Verwertungslogik tief in das Profil des BAföG eingebrannt. Wer aber dennoch etwas auf Bundesbildungsministerin Anja Karliczek hielt, der*die wurde während der Pandemie schnell eines Besseren belehrt.

Denn was schon vor Corona prekär war, verschlimmerte sich während der Pandemie weiter. Durch die elterneinkommensabhängige Bezugsberechtigung, die inhärente Schuldenfälle und viel zu geringe Fördersätze fußte das Studium bei mehr als 60 Prozent der Studierenden

auf einem Nebenjob. Als die Pandemie insbesondere für studentische Minijobs das Aus bedeutete, fielen viele Studierende in ein finanzielles Loch. Gleichzeitig spannte sich durch die konjunkturelle Entwicklung vielerorts auch die finanzielle Lage der Eltern an, auf deren Unterhaltszahlung das dezimierte Studienfinanzierungssystem der BRD aufbaut. Schnell war klar: Eine schnelle Lösung über die **Öffnung des BAföG für alle Studierenden muss her.**

Was aber wurde tatsächlich getan? Der erste Reflex des Bildungsministeriums war es, den KfW-Studienkredit – ein Volldarlehen (!) – für einen kurzen Zeitraum zinsfrei zu stellen. Nicht genug also, dass Studierende ohne jeglichen Zuschuss massiv Schulden aufnehmen sollten, die Zinsen auf den Kredit sollen und werden nach dem Auszahlungszeitraum wieder greifen und Studis so sehr schnell wieder einholen. Daneben ließ sich das Ministerium noch etwas einfallen:

Die sog. „Überbrückungshilfe“, deren Name aber mehr Hilfe versprach als sie tatsächlich leisten konnte: Berechtigt für einen kleinen Zuschuss zwischen 100 und 500 Euro war nur, wer weniger als 500 Euro auf dem Konto hatte und nachweisen konnte, corona-bedingt in der Klemme zu stecken – wer es schon vorher war, fiel also durchs Raster. Und dass eine solche Hilfe





natürlich erst viel zu spät bei Studierenden ankommen kann und alleine die Mieten für WG-Zimmer vielerorts oberhalb der 500 Euro liegen, konnte auch kein Umdenken bewirken. Was bedeutet das also?

Obwohl seit Jahrzehnten klar ist, dass eine nicht ausreichende Studienfinanzierung neben dem Ausschluss breiter gesellschaftlicher Gruppen Studierende unter massiven psychischen Druck stellt, ihnen Lohnarbeit aufzwingt und so wiederum zu weniger Zeit für das Studium, schlechteren Studienleistungen und längerem Studium führt, **verweigerte das Bildungsministerium sogar unter dem Brennglas der größten ökonomischen Krise** der BRD die adäquate Erste-Hilfe-Leistung. Die Folgen dieses politischen Versagens werden sich im Detail erst noch zeigen. Klar ist aber schon jetzt, dass pandemiebedingte Studienabbrüche etwa von Studierenden mit Kind, d.h. i.d.R. Frauen, durch die mangelnde Studienfinanzierung mitverursacht wurden.

Was können wir Juso-Hochschulgruppen also überhaupt noch tun? Besonders wichtig sind weiterhin die vielen **BAföG- und Sozialberatungen der ASten, aber auch des DSW**. Als Studie-

rende können wir sie innerhalb der studentischen Selbstverwaltung erkämpfen und stärken. Klar ist aber: Ohne geeignete politische Maßnahmen können die Beratungsstellen nur wenige Lösungen aufzeigen. Eine emanzipierte Gesellschaft der Freien und Gleichen braucht kritische Bildung, und **breite kritische Bildung setzt notwendigerweise eine auskömmliche Studienfinanzierung für jede*n voraus**.

Als Studierende müssen wir daher laut sein, für den Ausbau **sozialer Infrastruktur** wie Mensen, Kitas etc. an Hochschulen kämpfen und den Hochschulleitungen ebenso wie Landes- und Bundesregierungen klar machen, dass es eine **umfassende Reform der Studienfinanzierung** und des sozialen Studiums überfällig ist. **Breite studentische Bündnisse**, wie etwa das Bafög50-Bündnis, organisieren immer wieder vor Ort an den Hochschulen Protest und verfügen über eine große Reichweite. Und nicht zuletzt heißt es für uns natürlich, innerhalb der Sozialdemokratie auf die dramatische Lage von Studierenden hinzuweisen und politische Konsequenzen zu fordern. Daran gilt es auch, die Ampel-Koalition zu messen.

Mentale Gesundheit

DAS HAMSTERRAD ZUM WANKEN BRINGEN!

Lina Eilers

Die psychische Gesundheit befindet sich in einem ambivalenten Zustand hinsichtlich der öffentlichen Thematisierung und Politisierung. Zum einen lässt sich feststellen, dass spätestens durch die Corona-Pandemie das **Tabu** „Ich will nicht darüber reden“ gebrochen wurde und das Thema der mentalen Gesundheit den popkulturellen Diskurs maßgeblich prägt.

So wächst das **Bewusstsein** über psychische Erkrankungen in der Gesellschaft und wirkt langsam aber sicher der ehemaligen Stigmatisierung entgegen.

Auf der anderen Seite ist der Diskurs über die mentale Gesundheit ein entpolitisierter und **individualistischer** mit der Tendenz, sich in die esoterische Szene zu bewegen mit allen politischen Schwierigkeiten, die diese mit sich bringt.

Via Social Media kann ich mich innerhalb weniger Minuten mit diversen psychischen Erkrankungen selbst diagnostizieren und zugleich meine benötigte Therapie starten, in dem ich um 5 Uhr in der Früh aufstehe, keine Nachrichten mehr konsumiere und den Hamsterrad-Alltag unserer spätkapitalistischen Gesellschaft einfach mal etwas „**achtsamer**“ wahrnehme, die kleinen Dinge im Leben wertschätze, denn hey, Positives zieht ja Positives an, oder? Falsch.

Es ist das **System**, das krank macht, wie es Hartmut Rosa formulierte. Es ist der ständig wachsende Leistungsdruck, es sind die finanziellen Sorgen, es ist der Selbstzweck der Arbeit, und ja sicherlich ist es irgendwo auch der Weltschmerz, zwischen Krieg, Pandemie und Klimakrise.

Doch als Jungsozialist*innen kann unsere

Antwort keine individuelle sein, keine in dem Menschen dazu aufgerufen werden, die Augen vor den **gesellschaftlichen Zuständen** zu schließen, keine, in der der Zusammenhang der Auswirkungen der kapitalistischen Verhältnisse und der mentalen Gesundheit ignoriert wird.

Die Aufgabe von uns Jungsozialist*innen muss also sein, die psychische Gesundheit zu politisieren, die Zustände zu skandalisieren und für bessere, für eine **Gesellschaft der Freien** und Gleichen, frei von kapitalistischen Zwängen zu kämpfen!

Wenn wir uns als Juso-Hochschulgruppen die Frage stellen, wann es endlich wieder so wird, wie es nie war, dann müssen wir uns auch mit der psychischen Gesundheit von Studierenden beschäftigen. Im Zuge der Pandemie haben diverse **Studien** aufgezeigt, wie schlecht es um diese steht – Kein Wunder, wenn der Studiumsalldag von Zwängen, Druck und finanziellen Sorgen geprägt ist.

Auch Studierenden helfen keine gut gemeinten Tipps auf Instagram oder Ratgeber zur Selbsttherapie. Wir brauchen Veränderungen und zwar **strukturelle und umfassende!** Wir brauchen ein Studium, dass wir flexibel gestalten können und auf unsere Lebenssituation anpassen können.

Wir brauchen umfassende **Beratungsstellen** an den Hochschulen, an die wir uns wenden können. Wir brauchen die finanziellen Mittel, also ein **umfassendes BAföG** als Vollzuschuss, um die finanziellen Sorgen minimieren zu können.

Und genau dafür müssen wir auf allen Ebenen kämpfen.

GUTER ARBEIT WÄHREND DER KRISE IN KRISE

Johanna Liebe

Die Erkenntnis, dass in Krisenzeiten, die eigentlichen Missstände der Gesellschaft sichtbarer und soziale Ungerechtigkeiten weiter verstärkt werden, haben wir seit Beginn der Pandemie wahrscheinlich schon oft genug gehört oder gelesen oder gar anderen mitgeteilt. Leider hat sich diese auch in den unterschiedlichsten Kontexten bewahrheitet. So auch in der Arbeit von Studierenden.

Denn ebenso wie viele andere gesellschaftliche Missstände hat die Corona-Pandemie die **prekären Beschäftigungsverhältnisse** an Hochschulen noch einmal mehr verschärft. Geplante Stellen konnten nicht angetreten werden, Tutorien wurden abgesagt und wissenschaftliche Projekte auf Eis gelegt. Zudem wurden Studentische Hilfskräfte für fast 1,5 Jahre ins Home-Office verbannt und aufgefordert ihre privaten Laptops für die SHK-Arbeit zu nutzen.

Auch akademische Mitarbeiter*innen konnten aufgrund geschlossener Bibliotheken und Labore, ausgefallenen Fachtagungen sowie wegen des Umstands, dass wissenschaftliche Studien während eines Lockdowns nicht durchführbar sind, **ihrer wissenschaftlichen Arbeit nicht wie gewohnt nachgehen**.

Darüber hinaus hat die Pandemie auch aus feministischer Perspektive herbe Spuren im ohnehin schon männerdominierten Wissenschaftsbetrieb hinterlassen. Die bestehende **Geschlechterungleichheit** wurde, durch die in Lockdown massiv anwachsenden Pflege- und Sorgearbeit, verstärkt. Dass das vor allem Wissenschaftlerinnen traf, die durchschnittlich 52 % mehr Care-Arbeit als Männer leisten, dürfte niemanden wundern.

Was erstmal aus wissenschaftlicher Perspektive bedauerlich ist, trägt einen langen Rattenschwanz für einzelne Arbeitnehmer*innen mit sich. Denn der Stillstand im wissenschaftlichen Betrieb stellt für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen an Hochschulen eine tickende **Zeitbombe** dar. Jeder nicht gearbeitete Tag bedeutet ein verschwendeter Tag in einem befristeten Beschäftigungsverhältnis, das an Qualifizierungen gebunden ist.

Die Bundesregierung reagierte im September 2020 mit einer **Corona-Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetz** auf die verstärkten Unsicherheiten für Hochschulbeschäftigte. Diese Novelle sah einen Nachteilsausgleich für Promovierende, Forschende und studentische Hilfskräfte vor, in der die Dauer der Befristung verlängert werden kann. Zu kritisieren ist hierbei, dass es sich nur um eine Kann-Regelung handelte, sodass eine Nachweispflicht und eine Prüfung der Hochschulen für die Verlängerung notwendig waren.

Zudem adressiert die coronabedingte Ergänzung des WissZeitVG lediglich die Mehrbelastung von Studierenden und Wissenschaftler*innen seit der Pandemie und ist daher keineswegs ausreichend. Die dem allgemeinen Wissenschaftssystem zugrundeliegenden Probleme, wie die stetige **Ökonomisierung der Hochschulen**, der sich immer weiter festigende Konkurrenzgedanke und die prekären Arbeitsbedingungen, bei denen nicht nur Befristungen, Überstunden, Mangel an Betreuungspätzen, sondern auch Abhängigkeitsverhältnisse und Machtmissbrauch, mitgemeint sind, bleiben unbeachtet.

All diese **neoliberalen Strukturen** in unserer Hochschule wahren den Privilegienstatus der Wissenschaft, den es endlich während und nach der Pandemie zu überwinden gilt!



STUDENTISCHE STIMMEN UND IHR EINFLUSS IN DER KRISE

Marian Bartz

Die politische Arbeit am Campus, in Studierendenparlamenten und in ASten sowie die Partizipation von studentischen Vertreter*innen in hochschulischen Gremien wurde in den letzten zwei Jahren massiv erschwert. Durch den Wechsel in die digitale Lehre und das Homeoffice wurde damit nicht nur das studentische Miteinander, die **soziale Interaktion** beeinträchtigt, sondern ebenso die Demokratie an Hochschulen und die **Repräsentanz** von Studierenden in politischen Debatten geschwächt. Und das in einer Zeit, in der eine studentische Sichtweise auf die vorherrschenden Studienbedingungen, die finanzielle Sicherheit und die Auseinandersetzung mit Problemen der psychischen Gesundheit an Hochschulen bitter nötig gewesen wäre.

Dass mit dem Beginn des ersten Lockdowns nahezu der gesamte Campus und damit auch jegliche **Gremien der studentischen Selbstverwaltung auf digitale Formate** ausweichen mussten, erschwerte die Koordination innerhalb und verringerte gleichermaßen die Visibilität von Hochschulpolitik nach außen.

Gerade Menschen, die erst kurz davor oder mitten in dieser Zeit ein Studium begonnen haben, dafür in eine neue Stadt gezogen sind, waren viele Hürden in den Weg gelegt: Die Hochschule nicht nur als Ort der Ausbildung, sondern auch als **Platz für politische Diskussion** und gesellschaftliches Mitwirken zu begreifen. So wurde das Studium viel mehr zu einem schlichten Abarbeiten von aufgezeichneten Veranstaltungen als zu einer Möglichkeit sich für die so diversen Belange der Kommiliton*innen in der Pandemie zu engagieren.

Diese Umstände hatten auch zur Folge, dass Frauen durch immer wieder vorgekommene, männlich dominierte Gremiensitzungen in ihrer Position zurückgedrängt wurden. In unserem Kampf für **gleiche Repräsentation** und eine gleichberechtigte Teilhabe an hochschulischen Entscheidungsprozessen war dies ein herber

Rückschritt, dem zukünftig noch entschlossener entgegengewirkt werden muss!

Obwohl die Probleme der Studierenden mit jedem Tag größer und existenzieller wurden, reagierten während der letzten Monate und Jahre sowohl auf Ebene der Hochschulen als auch politische Vertreter*innen auf Landes- und Bundesebene keineswegs dementsprechend. Entweder wurden die prekären Gegebenheiten billigend so hingenommen oder mit dem **Vorbehalt der Unrealisierbarkeit** klein gehalten. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sich studentische Stimmen in Gremien der Hochschulen und Universitäten dieser Bundesrepublik immer noch nur in einem geringen Maß äußern können und überhaupt an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Diese Strukturen, in denen die oft **größte Statusgruppe mit den wenigsten Rechten** hinsichtlich des Ausgangs von Beschlüssen ausgestattet ist, haben in der Vergangenheit mehr und mehr gezeigt, dass sie gegenwärtig nicht im Sinne aller Beteiligten agieren und funktionieren.

Für eine gleichberechtigte Teilhabe an politischen Entscheidungen müssen wir also an die **Veränderung der bestehenden Strukturen** ran! Wir setzen uns deshalb heute wie morgen dafür ein, dass studentische Vertreter*innen in der Landes- und Bundespolitik für die Beratung von Gesetzesentwürfen einbezogen werden, Studierende im Sinne der Viertelparität in Gremien der Hochschulen vertreten sind und Frauen für die Hochschulpolitik empowert werden und feministische Strukturen nicht mehr diskutierbar sind!

Dafür braucht es Druck! Druck auf diejenigen, die die Strukturen aufrechterhalten wollen, die von diesen profitieren und die, die Stimmen der Studierenden nicht hören wollen. Dafür können wir uns in **breiten Bündnissen mit gleichgesinnten hochschulpolitischen Akteur*innen** zusammenfinden und in Aktionen auf dem Campus wie auf der Straße Aufmerksamkeit auf diese Bedingungen richten. Ebenso kann daran gearbeitet werden, die bereits bestehenden studentischen Institutionen verstärkt in die Wahrnehmung der Studierenden zu bringen und deren Relevanz für ihr Studium klar zu machen.

MIT GUTER LEHRE AUS CORONA?

Moritz Stockmar

Es gibt wohl keinen Bereich der Hochschule, an dem Corona so ambivalente Spuren hinterlassen hat wie an der Lehre. Nach anfänglichen **Startschwierigkeiten** kristallisierten sich relativ schnell mehrere, teilweise gegenläufige, Entwicklungen in den Online-Semestern heraus. (Die Folgende Gegenüberstellung stellt eine Art Gesamteindruck dar. Erfahrungen mit der Lehre während Corona variieren natürlich je nach Standort und der lehrenden Person)

Auf der einen Seite war es vor allem der Vorlesungsbetrieb, der von den neuen Möglichkeiten der digitalen Lehre durchaus profitieren konnte. **Das Konsumieren von Vorlesungen auf 1,5-facher Geschwindigkeit** (manche gaben gar mit 2-facher Geschwindigkeit an) und die Möglichkeit des Pausierens bei Bedarf, waren bei aufgenommenen und hochgeladenen Vorlesungen schnell zu echten Game-Changern geworden. Man konnte wo, wann und wie oft man wollte Vorlesungen betrachten und hatte daneben noch endlich alle anderen Lernmaterialien digital zur Verfügung.

Auf der anderen Seite konnten Übungen, Tutorien, Seminare und ähnliches nie adäquat durch Online-Lehre ersetzt werden. Dies lag daran, dass bei diesen Veranstaltungsarten **soziale Interaktion** im Vordergrund steht und diese Interaktionsmöglichkeiten gegen graue Zoomkacheln eher abgenommen haben, oder von den Studierenden nicht mehr angenommen wurden. Folge waren oft das Ausbleiben von fachlichen Diskussionen bei gleichzeitiger Zunahme von langen, sich doppelnden, monologartigen Redebeiträgen, gerade von Männern. Ein nicht nur aus feministischer Sicht zu kritisierender Zustand.

Neben den Problemen in der wortwörtlichen

Lehre darf auch der Bereich der digitalen Prüfungen nicht vergessen werden. Zum einen sind, die unserem Bildungsideal eher entsprechenden, **Open-Book-Klausuren häufiger durchgeführt worden**. Zum anderen wurde aber auch von Professor*innen, die nicht von ihren „Auswendiglernen-Klausuren“ ablassen wollten, zu extrem restriktiven Maßnahmen, inkl. rigorose Aufzeichnung des Prüflings in der eigenen Wohnung und KI-Auswertung, gegriffen (Stichwort: Proctorio).

Also was können Hochschulen aus der Pandemie lernen? In der Pandemie wurde uns allen vor Augen geführt, dass eine vollständige Digitalisierung der Lehre Fluch und Segen zugleich ist. Das Mehr an **Studierbarkeit** bei vergleichsweise kleinen Einschränkungen, welches on-demand Vorlesungen mit sich bringen, wollen wahrscheinlich alle mit einem **vollen Terminplan**, sei es wegen ehrenamtlichen Engagement, Care-Arbeit, oder Lohnarbeit, nicht missen. Was wir jedoch auch nicht missen wollen, sind die sozialen Interaktionen, die die Hochschulen vor der Pandemie auszeichneten.

Für uns als hochschulpolitisch aktive Menschen bleibt also der **Handlungsauftrag** zu evaluieren, was bei uns vor Ort an den Hochschulen während der Pandemie gut funktioniert hat (bspw. vielerorts die hochgeladenen Vorlesungsaufzeichnungen) und dafür zu kämpfen, dass diese **beibehalten** werden, ohne dass darunter der „normale“ Präsenzbetrieb leidet. Gegenteiliges gilt natürlich für jene Dinge, die vor Ort nicht funktioniert haben. Zum Glück zeigt die Erfahrung, dass sich die Lehrenden selbst bewusst sind, dass die Seminare, Übungen und Tutorien online nicht sinnvoll waren, weswegen davon auszugehen ist, dass diese **schnellstmöglich wieder verschwinden**.

Best-Practice

Beispiele

JETZT ERST RECHT - JUNGSOZIALISTISCHE ERFOLGE WÄHREND DER PANDEMIE

Die Hochschulen starten in das Sommersemester und somit in das mittlerweile 5. Semester unter pandemischen Bedingungen. Während viele Hochschulen einfach zum **Status Quo** von 2019 zurückkehren, ist uns bewusst, dass auch der Zustand vor der Pandemie kein wünschenswerter war.

Die Pandemie hat uns nicht nur die bestehenden **Ungleichheiten und Mängel** an den Hochschulen, sowie in der Lehre, verdeutlicht, sondern auch unsere hochschulpolitische Arbeit wurde während der Pandemie enorm erschwert.

Ob für unsere Hochschulgruppen vor Ort oder für all die Verbandsmitglieder, für die coole Seminarwochenenden an unterschiedlichsten Orten für einige Zeit auf Eis gelegt worden, die Pandemie stellte keine einfache Phase für unsere studentische Politik dar!

Aber wir wären nicht wir, wenn wir uns der **Krise nicht angenommen** hätten. Denn für

uns hieß es zu Beginn der Pandemie: „**Jetzt erst recht!**“ Wir lassen nicht zu, dass Studierende in Krisen weiter hintenanstehen und ihre soziale Situation vergessen wird.

Wir lassen nicht zu, dass der **Leistungsdruck** sich sogar den Weg in unser Home-Office bant und in ohnehin für junge Menschen psychisch sehr belastenden und von Einsamkeit geprägten Monaten Leistung vor Gesundheit gewichtet wird.

Für uns geht der Kampf für ein **selbstbestimmtes, sozialistisches, feministisches und internationalistisches** Studium auch in Krisenzeiten weiter!

Die im Rahmen eines Best-Practice-Wettbewerbs eingesendeten Aktionen von unterschiedlichsten **lokalen Hochschulgruppen** stellen wir euch nun vor. Also lasst euch inspirieren und bekommt einen Eindruck über die verschiedensten jungsozialistischen Erregenschaften der letzten zwei Jahre.



„Wann wird es endlich wieder so, wie es nie war?“

Seite 12

ANTRAG FÜR EINEN HOCHSCHULGIPFEL

Situation vor Ort

Corona hat sich an den hessischen Hochschulstandorten deutlich gezeigt. In einigen Hochschulgruppen kam es zu einem großen Mitgliederschwund. In Marburg kam die hochschulpolitische Arbeit der HSG ganz zum **Erliegen**. Dies könnten wir aber glücklicherweise überwinden und die HSG Marburg hat sich neu aufgestellt.

Die Probleme in den HSGn führen wir als Landeskoordination vor allem auf fehlende Möglichkeiten der **Neumitgliedergewinnung** zurück. Jedoch haben es andere Hochschulen trotzdem geschafft, ihre hochschulpolitischen Arbeit auch während der Pandemie weiter zu führen.

Das ist in diesen Zeiten ein sehr erfreuliches Zeichen. Wahlkampfaktionen konnten den Umständen entsprechend durchgezogen werden. Natürlich spielte die fehlende Präsenz an den Universitäten eine erschwerende Rolle. **Landesveranstaltungen** fanden online statt sowie seit letztem Sommer auch in Hybrid bzw. Präsenz.

Best-Practice/Hochschulgipfelantrag

Der Landeskoordination ist es gelungen gemeinsam mit der SPD-Hessen einen Antrag auf einen **Hochschulgipfel im Landtag** einzubringen. Dieser befindet sich aktuell im Sport/Kultur/Wissenschaftsausschuss. Der Antrag fordert einen hessischen Hochschulgipfel, in denen der Zustand der Hochschulen nach der Pandemie besprochen werden kann und wie die Zukunft der hessischen Hochschulen sich gestaltet.

Wir, als Juso-Hochschulgruppen, könnten in den Antrag übernehmen, dass man auch die **gewählten Studienvertreter*innen** an den Tisch miteinlädt. Schließlich sind wir es die unter den letzten 2 Jahren am meisten gelitten haben.



Wie toll unsere Universitäten sind, erzählen uns unsere Präsident*innen ohnehin schon viel zu lange. Außerdem setzen wir uns mit Blick auf die Landtagswahl im kommenden Jahr für den **Aufbau und Stärkung einer Landesstudierendenvertretung** ein! Unsere Erfahrungen der nunmehr fünf Pandemiesemestern spielen dabei eine wichtige Rolle im Entscheidungsprozess.

Es ist nun an der Zeit, dass die Landesregierung in Hessen reagiert und ernsthafte **Problembewältigung** betreibt. Realisiert werden kann sie nur mit den Studierenden und nicht über unsere Köpfe hinweg.

Ausblick

In Zukunft wollen wir uns als Landesverband wieder stärken und planen deshalb ein hessisches **Seminarwochenende**. Dort wird es Workshops zu: Neumitgliedergewinnung, How-to-HoPo sowie, dem Arbeiten mit internationalen Studierenden geben. Wir hoffen und freuen uns auf rege Teilnahme.

FREIVERSUCHSREGELUNG

Als Juso-Hochschulgruppen ist es schon immer eines unserer Hauptanliegen für ein selbstbestimmtes Studium zu kämpfen. Die Corona-Pandemie hat als externe Gewalt gravierende Einschnitte in die **Selbstbestimmung** aller Studierenden verursacht und zu Mehrfachbelastungen geführt. Gerade Studierende mit Kind und pflegebedürftigen Angehörigen wurden durch den plötzlichen Betreuungswegfall massiv eingeschränkt, viele haben ihre Jobs verloren und **Ausgleichsmöglichkeiten** zur Uni sind weggebrochen. Wer sich darüber Sorgen machen muss, woher das Geld für die nächste Monatsmiete kommt oder wie eine online live-Vorlesung mit der Betreuung eines Kindes vereinbar ist, der /die hat schon ohne Leistungsdruck genug Sorgen.

Auch unabhängig von der Corona-Pandemie stellt die Begrenzung von Prüfungsversuchen eine unfaire Drucksituation da, die einer kapitalistischen Leistungsgesellschaft angemessen ist, der **Lebensrealität** von Studierenden aber wohl kaum. Die Einführung eines 4. Prüfungsversuchs bzw. der gänzlichen Abschaffung solcher ist daher eine Kernforderung, für die wir seit Jahrzehnten kämpfen.

Die Ausnahmesituation seit Beginn der Pandemie hatte ein gutes, denn sie Präsidien und Professor:innen für den Gedanken empfänglich gemacht, dass möglicherweise auch Studierende unter gesellschaftlichen Zuständen leiden. Mit viel Überzeugungskraft ist es uns so zusammen mit anderen linken Senator:innen gelungen, im **Senat der TU Darmstadt eine Freiversuchsregelung für die Corona-Semester durchzusetzen**. Wurde der Vorschlag zunächst noch knapp abgelehnt (Anlage 1), konnte eine von knapp 3.200 Studierenden unterschriebene Petition zur Freiversuchsregel die Wichtigkeit des Themas betonen und den Weg für die Annahme bei der 2. Einbringung (Anlage 2) ebnen.



Im Kampf um studentische Selbstbestimmung ist noch sehr viel zu tun, doch dieses Beispiel zeigt, dass es sich lohnt: Wenn Studierende sich **vereinigen** und am **selben Strang** ziehen, haben wir die Macht Veränderungen zu erreichen.

Die Freiversuchsregelung war für viele Studierende eine hohe Entlastung, zumal die Prüfungen unter widrigen Bedingungen wie kurzfristigen Verschiebungen und ungewohnten Formaten stattfanden. Daher sind stolz darauf, mit vielen **Diskussionen und Nachdruck** diese Verbesserung erreicht zu haben. Dass die Regelung nur für die Corona-Semester angenommen wurde, schmerzt uns, zeigt aber immer wieder, warum und wofür wir mit Nachdruck in den studentischen und akademischen Selbstverwaltungen unserer Universitäten kämpfen

SICHERHEIT GEHT VOR: FFP2-MASKEN FÜR ALLE

„Wann wird es endlich so, wie es nie?“ unter diesem Slogan möchten wir im Folgenden unser Best-Practice-Beispiel darstellen. Im Mai 2021 haben wir uns im Rahmen eines Antrags im Studierendenparlament dafür eingesetzt, dass Studierende bei Bedarf kostenlose Selbsttests und FFP2-Masken erhalten.

Problemanalyse (Begründung des Antrags aus dem Frühjahr 2021):

Die im Einzelhandel verfügbaren Schnelltests kosten bis zu 5€ pro Stück. Wenn man als Studierender mit begrenztem Budget allein 3 Stück kaufen will, ist man somit schnell 15€ los. Die Nutzung von **kostenlosen Bürger*innen-tests** scheint eine vermeintliche Alternative zu sein, hängt aber stark vom Wohnort der Studis ab. Gerade die Vororte Kölns sind noch nicht flächendeckend mit Testzentren ausgestattet. Die Verfügbarkeit von Testzentren darf nicht zu Lasten der Studis gehen.

Dabei zeigt gerade die wachsende Nachfrage, dass der Kauf von selbstgekauften Selbsttests viele Vorteile mit sich bringen, die bislang nur für Menschen mit einem höheren Einkommen zugänglich sind. Mit der Ankündigung von Lockerungen, vornehmlich für Geimpfte, Genesene und Negativ-Getestete, gewinnen Selbsttests zunehmend an Bedeutung für die soziale und gesellschaftliche Teilhabe. **Wenn Studis nicht finanziell in der Lage sind**, sich ein Selbsttest zu kaufen und zusätzlich kein kostenloses Testzentrum in der Nähe ist, werden finanziell schwächer gestellte Studis zunehmend aus dem Sozial- und Hochschulleben ausgeschlossen. Dagegen sollte der AStA der Uni zu Köln mit einer **Verteilaktion** entgegenwirken. Mit dieser Möglichkeit können Studis Selbsttest auf Reserve haben und genießen eine finanzielle Entlastung.

Des Weiteren ist eine **kostenlose Ausgabe von FFP2-Masken**, ebenfalls finanziell getragen und organisiert vom AStA der Universität zu

Köln, essentiell um Studierenden einen Uni-Alltag mit ausreichend **gesundheitlichem Schutz** zu garantieren. Mit der Maskenverteilung, welche sich im Frühjahr vornehmlich an sozio-ökonomisch schwächere Menschen und Risikogruppen richtete, wurden Studierende vollkommen übersehen, obgleich auch sie nicht unerhebliche finanzielle Aufwendungen betreiben mussten, um sich Masken zu beschaffen.

In Anbetracht der Impfkampagne steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Universität zu Köln im Wintersemester 2021/2022, zumindest in großen Teilen, wieder zur Präsenzlehre zurückkehren wird. Dennoch ist nicht außer Acht zu lassen, dass die Pandemie immer noch ein Bestandteil unseres Alltags bleibt. Hinsichtlich dessen ist es gerade zu notwendig, dass der AStA auch die Verteilaktionen von FFP2-Masken als ein langfristiges Projekt ansieht.

Unsere Forderung:

Das 65. Studierendenparlament fordert den Allgemeinen Studierenden-Ausschuss (AStA), insbesondere das Referat für Soziales, der Universität zu Köln dazu auf, sich primär um die Beschaffung von **Corona-Selbsttests** zu kümmern, um sie Studierenden, die darauf angewiesen sind, einmal pro Monat zur Verfügung zu stellen. Pro **monatliche Verteilung** müssen daher mindestens 5 Selbst-Tests bereitgestellt werden. Zusätzlich sollen Studierende die Möglichkeit erhalten mindestens 10 FFP2 Masken pro Monat zu erhalten.

Hierfür sollen Studierende **per E-Mail kontaktiert und auf das Angebot aufmerksam** gemacht werden. Wenn sie dies tun, wird ihnen ein Zeitfenster zur Abholung im AStA zugewiesen, welches auch dazu dienen soll, dass nicht größere Menschenansammlungen bei der Abholung entstehen.

WIR WOLLEN MITREDEN!

Unter dem Motto: „Wir wollen mitbestimmen und Studis in der Corona-Pandemie entlasten“ haben wir viele Forderungen in enger Absprache mit allen studentischen Verantwortungsträger*innen gestellt. Von **finanzieller Entlastung bis hin zu konkreten Forderungen auf dem Campus**. Die studentische und akademische Selbstverwaltung hat hierbei vielfach zusammengearbeitet, um eine größere Signal- und Durchschlagskraft zu erzeugen.

Generell hatten wir viel **Mitspracherecht** und haben dies immer wieder aktiv **eingefordert** und in unseren Gazetten schriftlich verankert. Wir haben mehrfach mit hochschulöffentlichen Stellungnahmen die studentische Perspektive in pandemische Diskurse eingebracht, denn Lehrende wollten **Präsenzklausuren** bei unverantwortlich hohen Infektionszahlen oder das Präsidium die Maskenpflicht im Wintersemester 21/22 aufheben, wo wir uns am Ende durchgesetzt haben und verantwortungsvoll auf die Maske und 3G Kontrollen gesetzt haben.

Außerdem haben wir **Freiversuche** erkämpft, so konnten Studierende beantragen, dass zwei der nicht bestanden Prüfungsleistungen auf ihre üblichen drei Versuche in dem jeweiligen Modul drauf gerechnet werden. Eine automatische Regelung war hier leider aus bürokratischen Gründen nicht möglich, aber das hätten wir uns gerne gewünscht!

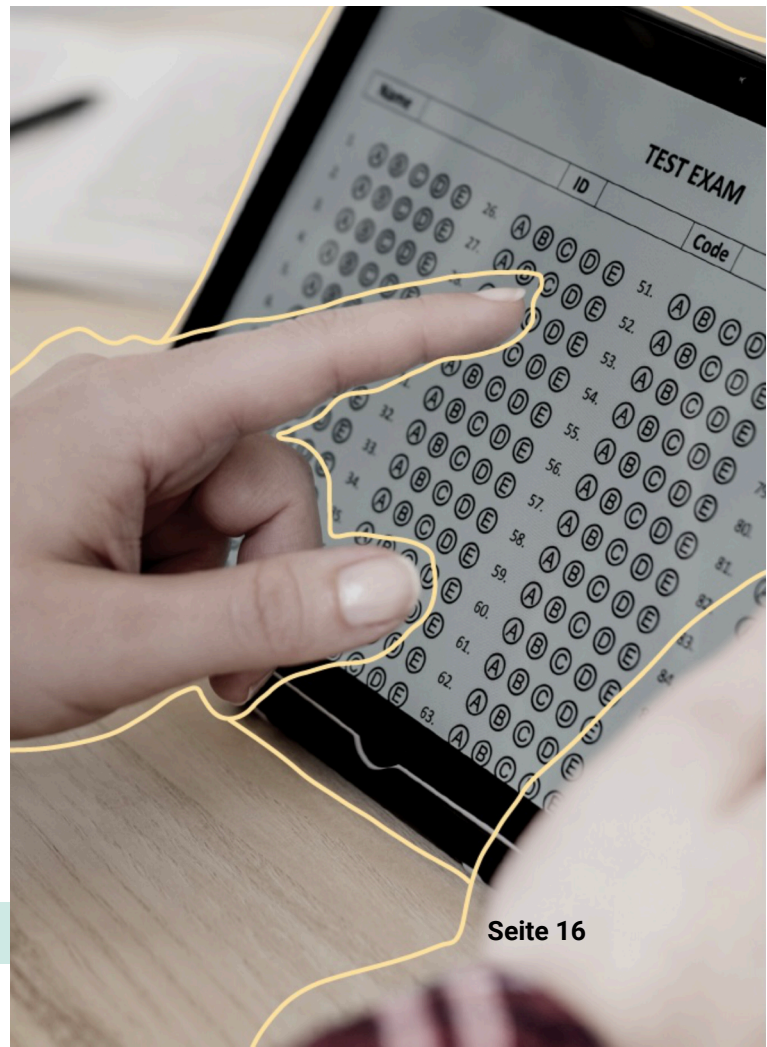
Generell haben wir die Studierenden in den Gremien gestärkt und **hochschulöffentliche Diskurse aktiv eingefordert**. So wurde die zentrale Studienkommission gestärkt und die studentischen Vertreter*innen in dem Gremium als beratender Kreis mit in die pandemische Notlage und Krisenplanung involviert. Viele Gremien haben wir mit **großer Öffentlichkeit und Studierendenanzahl** bespielt und so nachhaltig Eindruck bei den Lehrenden geschaffen.

Wir haben Studierenden **Vorlagen** zur Verfügung gestellt, sodass sie in der Formulierung von Mails entlastet wurden. Wir haben Anträge zu studentischen Arbeitsräumen und psy-

chologischer Stärkung geschrieben und haben hier teilweise Erfolge erzielen können.

So konnten wir den **Datenschutz** bei Online-Klausuren stärken und digitale Abgaben endlich ermöglichen! Eine zentrale Herausforderung bei all den pandemischen Entscheidungen war das im Grundgesetz verankerte Recht auf Freiheit in Forschung und Lehre, sodass Lehrende teilweise nicht offen für einen verantwortungsvollen Kurs waren und sich auf ihr Recht berufen haben. Selbst das Präsidium ist hier teilweise gescheitert und die Lehrenden haben Präsenzklausuren bei hohen Inzidenzen durchgeführt.

Als zentralen Kern für unsere erfolgreiche Hochschulpolitik würden wir die **gute Vernetzung der Gremien und Mobilisierung** der Studierenden nennen. Wir sind mit breiter hochschulöffentlicher Unterstützung in viele Debatten gegangen und haben das Präsidium und die Lehrenden dadurch das eine oder andere Mal beeindruckt.



FÜR EIN SOLIDARISCHES SEMESTERTICKET

Im Wintersemester 2020/21 und im Sommersemester 2021 haben wir zusammen mit unserem Koalitionspartner CampusGrün Münster als AStA der Universität Münster mit verschiedenen Verkehrsbetrieben und -verbänden erfolgreich Erweiterungen zu unserem Semesterticket hinzuverhandelt. Seit dem Wintersemester 2021/22 können Studierende der Universität Münster mit ihrem Semesterticket auch nach Hannover, Kassel und Nordhorn fahren.

Den Startschuss unserer Bemühungen gaben uns die Ergebnisse einer Umfrage des AStAs zum **Nutzungsverhalten des Semestertickets aus dem September 2020**, welche wir auf Grund der bevorstehenden Neuverhandlung unseres bestehenden regionalen Semesterticket-Vertrages gestellt haben. In dieser Umfrage haben wir die Student*innen unter anderem auch zu, von ihnen **gewünschten, zusätzlichen Strecken für das Semesterticket** befragt. Hierbei kam heraus, dass die Studierenden sich vor allem fünf weitere, nicht vom NRW-Ticket abgedeckte, Verbindungen hinzuwünschen.

In Anbetracht der **Umfrageergebnisse** hat das Studierendenparlament Mitte Oktober 2020 einen von, uns gestellten, Antrag angenommen, in welches es uns aufforderte die gewünschten Verbindungen in das bestehende Semesterticket **hineinzuverhandeln**. Nachdem wir unserem Verhandlungspartner die Forderungen der Studierendenschaft übermittelt hatten, hat dieser uns Ende November 2020 mitgeteilt, dass eine Integration neuer Verbindungen außerhalb NRWs in den bestehenden Vertrag aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist.

In Reaktion darauf haben wir uns **direkt an die Verkehrsverbünde bzw. -betriebe** gewandt, welche die gewünschten Strecken bestellen bzw. betreiben. Nach Klärung der Zuständigkei-

ten (in Hessen ist der Verkehrsverbund der zuständige Vertragspartner – in Niedersachsen die Verkehrsunternehmen) sind wir in die Verhandlungen mit unseren neuen Verhandlungspartnerinnen eingestiegen.

Während sich die Erweiterung auf zwei der gewünschten Verbindungen als nicht möglich bzw. zu teuer erwiesen, haben wir vom Nordhessischen Verkehrsverbund Mitte März 2021 ein **Vertragsangebot für die Strecke von Warburg nach Kassel bekommen**, welches unser Studierendenparlament Mitte April 2021 angenommen hat.

Die Verhandlungen mit der WestfalenBahn (Strecke Minden – Hannover) gestaltete sich auf Grund **differierender Preisvorstellungen** erheblich schwieriger. Nach dem unser Studierendenparlament im April 2021 das erste Angebot abgelehnt hatte, konnten wir diesem nach vielen Telefonaten, Mails und Video-Calls mit der WestfalenBahn ein verbessertes Angebot vorlegen, welches vom Studierendenparlament im Juni 2021 angenommen wurde.

Auch die gemeinsamen Verhandlungen mit der Eurobahn und der Bentheimer Eisenbahn (Strecke Rheine – Bad Bentheim – Nordhorn) gestalteten sich auf Grund von Problemen bei der Einnahmenaufteilung unter den Verkehrsbetrieben schwierig. Jedoch konnten wir auch hier einen **Verhandlungsdurchbruch** erzielen, worauf unser Studierendenparlament auch dieser zusätzlichen Verbindung im Juni 2021 seine Zustimmung erteilt hat.

Wir konnten somit für die Student*innen an unserer Universität die **viel gefragten Verbindungen in die Städte Hannover, Kassel und Nordhorn** in unser solidarisch finanziertes Semesterticket aufnehmen.

UMFRAGE UND PSYCHOLOGISCHE BERATUNG DURCH DEN ASTA

Es ist Mitte des Jahres 2021- nach mittlerweile drei Semestern rein digitalem Studierens steht der Universitätsalltag komplett still. Die Lage konnte angespannter nicht sein und viele Studierende waren **hoch belastet**. Dies zeigte auch unsere Umfrage (Gesamtrücklauf 1850 Studierende): Über 50% der Teilnehmenden gaben an insgesamt in ihrem Leben psychisch belastet zu sein und knapp 65% bemerkten signifikante Verschlechterungen ihres psychischen Befindens seit Beginn der Corona Pandemie.

Isolation, Vereinsamung, Motivationsprobleme, vermehrte negative Gedanken und Gefühle prägten das Erleben von der Mehrheit der befragten Studierenden. Es wird deutlich, dass Studierende hoch belastet in der Pandemie standen. Viele gaben enormen **Unterstützungsbedarf** an, sowohl von **psychotherapeutischer** Seite and auch durch ihr **soziales Umfeld**. Doch dazu keineswegs passend stellt sich die psychotherapeutische Versorgungslage in der Realität dar.

Die Nachfrage an die psychotherapeutische Versorgung stieg von allen Altersgruppen und ein Therapieplatz ist immer noch nicht realisierbar ohne eine Wartezeit von mehreren Monaten. Studierende haben es hierbei besonders schwer, da sie häufig nicht in **hausärztliche Versorgung eingebunden sind** und ihnen noch weniger Anlaufstellen zur Verfügung stehen. Dazu kommen fehlende finanzielle Mittel, die auch kein Aufsuchen von privaten Psychotherapeut*innen erlaubt. Zudem war die **Komplexität der psychischen Belastungen** nun eine andere.

Zunehmend weg von studiumsbedingten Belastungen, wie Prüfungsängsten, Prokrastination etc. manifestierten sich durch die Pandemie andere Arten von psychischen Problemen, beispielsweise in Form von depressiven Episoden und Angstzuständen. Dies sind Manifestationen von Belastungen, die unbedingt professionelle Unterstützung bedürfen. Universitätseige-



ne Beratungsstellen, wie die Zentrale Studienberatung, beschränken sich jedoch häufig ausschließlich auf studiumsbezogene Themen, die in psychische Belastung resultieren und fingen die Studierenden daher nicht ausreichend auf. Weder die **Kapazitäten** noch die fachliche Gestaltung der Beratungsstellen der Universität reichten für eine adäquate Unterstützung der Studierenden. Dies zeigte sich in der Pandemie deutlicher denn je, war jedoch schon vorher die Realität. Die psychotherapeutische Versorgung war nie ausreichend um den Bedarf zu decken,

weder von Universitätsseite noch außerhalb der Universitäten.

Um Studierende nicht auf ewige **Wartelisten** bei Psychotherapeut*innen hinweisen zu müssen, war demnach klar, dass die Kapazitäten an der Universität selbst aufgestockt werden muss. Mit der Umfrage und der umfangreichen Datenerhebung als Grundlage konnten wir uns an der Universität für die Aufstockung der psychologischen Beratung stark machen. Wir starteten die Kampagne „**Hört uns zu!**“, veröffentlichten die teils drastischen Umfragergebnisse und ermöglichten in Veranstaltungen Austausch mit Studierenden. Kurzfristig boten wir Seminare zu Resilienz und Self Care an, um Studierende zumindest kurzfristig Hilfestellungen geben zu können.

Obwohl wir so Druck auf die Universitätsleitung ausübten, **blieb unser Vorhaben jedoch ohne Erfolg**. Trotz des klaren Bedarfs übernahm die Universität nicht die Finanzierung für eine psychologische Beraterin. Der AStA der Universität Münster hat sich deshalb entschieden eigens eine psychologische Beratung aufzubauen und bietet nun eine Systemische Beraterin und Systemische Therapeutin SG, Traumazentrierte Fachberaterin DeGPT/BAG-TP als Gesprächspartnerin an. Diese Stelle bietet nun eine schnell zugängliche kostenlose psychologische Beratung, für persönliche und/oder studiumsbezogene Themen und läuft dabei **nicht über die Krankenkasse**.

Somit finden auch Studierende, die aufgrund von angestrebter Verbeamtung etc. keine Psychotherapie nutzen können, eine Anlaufstelle in der Beratung. Die Beratung unterstützt Studierende mit bis zu 5 Gesprächsterminen und leistet gegeben falls Hilfestellungen für die Suche nach einem langfristigen Therapieplatz. Bei akutem Bedarf können die Gesprächstermine auch über fünf Termine hinaus gehen. Wir haben damit erreicht, dass Studierende leicht zugänglich und ohne lange zeitliche Verzögerung eine psychologische Beratung wahrnehmen können, um Entlastung zu erfahren und in ihrer weiteren Lösungsfindung unterstützt zu werden. Unter **Einhaltung der Schutzmaßnahmen** fanden die Gespräche zudem in Präsenz

statt, denn viele Studierende beklagten, dass alle Hilfsangebote nur online seien.

Alle Beratungsangebote der Universität fanden zu dem Zeitpunkt rein digital statt. Grundsätzlich konnten wir bei Einrichtung der Stelle frei agieren und gemeinsam mit unserem **Koalitionspartner die Finanzierung im Studierendenparlament bestätigen**. Bei der Einarbeitung setzten wir auf intensive Netzwerkarbeit und versuchten die psychologische Beraterin schnell zu vernetzen. Hierbei unterstützten uns fachlich eine Psychologin, welche im AStA Referentin war, sowie weitere Beratungsstellen. Die Universitätsleitung übte zunehmend Kritik an der neuen Stelle, denn sie sorgte für Verwirrung bei den Studierenden. Seit Einrichtung der Stelle im AStA wird das Angebot von vielen Studierenden wahrgenommen.

Obgleich der AStA nun die Finanzierung für die psychologische Beratung trägt war es wichtig weiterhin **Druck auf die Universitätsleitung auszuüben**, denn es ist deren Verantwortung die Kapazitäten zu erhöhen. Zeitweise gelang es, dass die psychologische Beratung der Zentralen Studienberatung aufgestockt wurde. Unser Einsatz dafür war geprägt durch viele Gesprächstermine und einen öffentlichkeitswirksamen Umgang mit unseren Umfragen Ergebnissen.

Viele Instanzen fordern Zahlen und Fakten, da ist es meist hilfreich diese vorzeigen zu können. **Die Presse und andere Hochschulen interessierten sich sehr für unsere Umfragen Ergebnisse**, was wir nutzen konnten um auf die Problemlage aufmerksam zu machen. Wir referierten bei Tagungen und Ausschüssen und vernetzten uns mit anderen Studierendenvertretungen. Die psychotherapeutische Versorgung verbessert sich nicht mit einer weiteren Stelle sondern auch an grundlegenden Strukturen muss gearbeitet werden. Demnach wiesen wir auch immer wieder bei kommunalpolitischen Akteur*innen darauf hin, dass Kapazitäten geschaffen werden müssen. **Es kann nicht sein, dass Studierende selbst Personal einstellen müssen, um andere Studierende in psychischen Krisen aufzufangen.**

SPENDENAUFTRUF

Als Juso-HSG Münster sind wir Teil des AStA der Universität Münster. Unter anderem stellen wir auch meistens eine*n Finanzreferent*in sowie eine*n Sozialreferent*in. Zum Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 **verloren viele Studierende ihre Minijobs**, die Eltern waren nicht mehr in der Lage das Studium zu unterstützen oder weitere finanzielle Misslagen ergaben sich. Davon einmal abgesehen, dass die Studienfinanzierung zunehmend zur Herausforderung wird, traf die Corona-Pandemie Studierende besonders hart, da sie bspw. keinen Anspruch auf Kurzarbeiter*innen- oder Arbeitslosengeld hatten oder nicht auf Rücklagen zurückgreifen konnten. Immer mehr Studierende **wandten sich verzweifelt an den AStA** und stellten Anträge für ein Sozialdarlehen oder Härtefallanträge.

Schnell bemerkten wir, dass der bürokratische Aufwand sehr hoch war und beim Darlehen die Problematik der Rückzahlung vielen Studierenden Sorgen bereitete. Schauten wir in Richtung der Bundesebene so zeigte die Bundesministerin für Bildung und Forschung Frau Karliczek keinerlei Bestrebungen, Studierenden durch finanzielle Hilfen wie der **Öffnung des BAföG oder einem zügig ausgezahlten**, unkomplizierten Zuschuss entgegenzukommen. Im Gegenteil, Studierende kamen in der Bundespolitik nicht vor und die Lage wurde zunehmend prekär. Auch nach der Einrichtung eines Zuschusses durch den Bund war dieser mit hohen bürokratischen Hürden verbunden und half nicht wirklich. Als AStA war es uns ein großes Anliegen **Studierende unkompliziert finanziell zu unterstützen**.

Während der ersten Welle haben sich unsere AStA-Referent*innen mit der Stabsstelle Universitätsförderung zusammengesetzt und nach einer Lösung gesucht, den vielen Studierenden zu helfen. So haben wir in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle einen **Corona-Notfonds** ins Leben gerufen. Die Universitätsleitung rief zusammen mit der Stiftung

WWU Münster, der Universitätsgesellschaft Münster e.V. und dem AStA zu **Spenden** bei Alumni, Unternehmen, Universitätsbeschäftigten, Privatpersonen und Kircheneinrichtungen auf.

Alle Spenden gehen **an Studierende, die in finanzielle Not geraten sind**. Studierende stellen unkompliziert online einen Antrag an den AStA. Unser Sozialberater entscheidet mit den AStA-Referent*innen für Soziales und Finanzen anhand definierter Richtlinien, ob die Studierenden berechtigt sind und empfehlen dann die Auszahlung. Wir überweisen die **Daten an die Stabsstelle Universitätsförderung**, die dann die Auszahlung durchführt. Studierende bekommen in der Regel 450€, pro Kind 135€ dazu, die Hilfe kann zweimal im Semester beantragt werden. Das Geld wird als Zuschuss gewährt und muss nicht zurückgezahlt werden.

Seit dem Start des Corona-Notfonds im April 2020 können wir folgende Zwischenbilanz ziehen (Stand 07. April 2022):

- 800.659 Euro wurden für Studierende in Not spendet.
- 1.707 Förderanträge von Studierenden konnten bereits bewilligt und das Geld ausbezahlt werden.

Unser Projekt bestärkt uns in unserem sozialistischen Verständnis und zeigt, wie viel man als Hochschulgruppe auf hochschulpolitischer Ebene bewegen kann. Weiterhin haben wir die Bestrebung den **Corona-Notfonds in einen Sozialfonds umzuwandeln**. Denn auch unabhängig von der Corona-Pandemie stehen Studierende vor finanziellen Problemen, können kurzfristig ihren Job oder die Unterstützung der Eltern verlieren. Für **unkomplizierte Hilfen, die nicht zurückgezahlt werden müssen**, wollen wir uns auch in Zukunft im AStA einsetzen und einen Fonds zur Verfügung stellen, aus dem unkompliziert Zuschüsse beantragt werden können.

WAHLKAMPF-VIDEOS UND ANTRAGSARBEIT

Beitrag der Hochschulgruppe der HU

Wahlen zum Studierendenparlament kämpfen schon seit jeher mit niedrigen Wahlbeteiligungen. Viele Studierende werden an der Hochschule **nicht ausreichend politisiert**, um die Notwendigkeit eines Gangs zur Wahlurne zu erkennen. Diese mangelnde Resonanz innerhalb der Studierendenschaft birgt einige Gefahren für den demokratischen Einfluss der Studierenden an der Hochschule. Immerhin **verwaltet das StuPa in der Regel beträchtliche Geldsummen** und entscheidet über die Verteilung dieser an Projekte und Personen.

In der Corona-Pandemie wurde an der HU die StuPa-Wahl 2021 quasi als alleinige Briefwahl durchgeführt. Die bisherigen Beteiligungsquoten von 6-7 Prozent drohten **nochmals massiv einzubrechen** und so insbesondere breiter bekannte Listen wie die Juso-HSG zu beeinträchtigen. Um dem entgegenzuwirken, kamen wir auf eine ungewöhnliche Idee. Mithilfe eines **eingängigen Songs („StuPa-Wahl Schlager“)** wollten wir auf die bevorstehende Wahl aufmerksam machen – mit dem Ziel eines breiten Teilens innerhalb der Studierendenschaft.

Unser Ziel: Selbst wenn der Song einigen nicht gefallen würde, so würden sie trotzdem immerhin **auf die StuPa-Wahl aufmerksam gemacht**. Wochen vor der Wahl stellten wir den Song mit einem kleinen Video auf Instagram und Youtube online und konnten dadurch bislang hochschulpolitisch Uninteressierte erreichen. In der Konsequenz holten wir mit **9 Sitzen im Studierendenparlament das beste Ergebnis** einer Juso-Hochschulgruppe an der HU jemals und verdoppelten so annähernd unsere bisherige Sitzanzahl. So konnten wir immerhin zu einem gewissen Teil **die mangelnde Politisierung der Studierenden bekämpfen**. Im Nachhinein meldeten sich mehrere Hochschulgruppen bei uns, u.a. die Juso-HSG Osnabrück, die den Song ebenfalls in ihren Wahlkämpfen unter Corona-Bedingungen verwendeten wollten, was wir selbstverständlich ermöglicht haben.

[Hier geht es zum Wahlkampfsong](#)

Beitrag des Landesverbands Berlin

Die Corona-Pandemie hat die gesamte Bevölkerung fest im Griff gehabt aber insbesondere an den Hochschulen **die Abläufe vollkommen auf den Kopf gestellt**. Gerade junge Menschen zeigten sich solidarisch mit den Risikogruppen und blieben lange Zeit zuhause und fernab von jeglichen größeren Zusammenkünften.

An den Berliner Hochschulen zeichnete sich schon zu Beginn der Pandemie eine fehlende **Einheitlichkeit im Management** der Corona-Folgen ab. So gab es keinerlei Vorgaben des Landes, wie Lehrveranstaltungen stattfinden und Prüfungen absolviert werden sollten und die Hochschulen verlagerten diese Verantwortung wiederum allzu gerne auf die einzelnen Fachbereiche.

Die Konsequenz dieser Intransparenz: Viele Professor:innen und Dozent:innen entschieden sich für **analoge Prüfungsformate, ohne Rücksicht auf gesundheitliche Risiken** oder erschwerte Lernbedingungen. Als Juso-Hochschulgruppen innerhalb Berlins haben wir uns daher im Frühjahr 2021 zusammengeschlossen, um gemeinsam einen Antrag in den SPD-Landesvorstand einzubringen. Darin forderten wir die klare Absage an Präsenzprüfungen – sofern diese nicht aus zwingenden Gründen notwendig sein würden. In einer Vielzahl von Videokonferenzen haben wir uns innerhalb der HSGen koordiniert, um zunächst eine gemeinsame Auffassung und daraufhin eine gemeinsame Formulierung zu finden.

Danach haben wir in Kooperation mit einigen **Mitgliedern des SPD-LaVos den Antrag auf die Tagesordnung** gesetzt. Ziel der Einbringung war zum Einen die Ausübung politischen Drucks auf die Hochschulen, zum Anderen die Bindung der Entscheidungsträger:innen innerhalb der SPD an eine klare Beschlusslage. **Der Antrag ist daraufhin im SPD-LaVo beschlossen worden**. So haben wir die bis dato nicht vorhandene Auffassung der SPD Berlin zu Prüfungsmodalitäten in der Corona-Pandemie maßgeblich mitgestalten können. Auf übergeordneter Ebene konnten wir durch diesen Antrag die Unklarheiten und Intransparenz für Studierende angehen und so unseren Beitrag für klarere und fairere Regeln schaffen.

Alles zu werden



strömt zuhauf!

V.i.S.d.P:

Lasse Emcken
SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin